

40 Jahre Bürgerinitiative ausländischer Arbeitnehmer - die zentralen Statements

Integration heute – wo steht Hamburg?

Aus Sicht von Detlef Scheele, Senator für Arbeit, Soziales, Familie und Integration muss Hamburg weg von dem Begriff Integration und hin zur Inklusion: „Es gibt nicht die einen oder die anderen, sondern nur das „wir“. Hamburg ist ohne seine Zuwanderer aus der Türkei und anderen Ländern gar nicht zu denken. Sie gehören zu Hamburg, sie sind ein Teil des „wir“, und „wir“ sind ein Teil von Hamburg.“

Integration sollte als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen werden, einen solchen Ansatz verfolge auch erstmals das Integrationskonzept.

In dem neuen Konzept, das Ende des Jahres verabschiedet werden soll, wird es laut Petra Lotzkat, Amtsleiterin in der BASFI für Arbeit und Integration, zudem messbare Kriterien geben. Es wird also nach einigen Jahren ablesbar sein, inwieweit beispielsweise die Frauenerwerbstätigkeit von Migrantinnen gestiegen oder zurückgegangen ist. Darüber hinaus sind klare Zielvereinbarungen geplant.

Zu dem neuen Ansatz gehört nach Angaben von Senator Scheele außerdem, dass so wörtlich, „Sondereinrichtungen“ langfristig abgebaut werden können. Es brauche nicht für jedes Problem eine gesonderte Einrichtung.

Viel verspricht sich die SPD vom Ausbau der Ganztagschulen. „Wir gehen da einen riesigen Schritt voran, und hier müssen alle zum Wohl des Kindes zusammenarbeiten“, fordert Andy Grote.

Die Ganztagschule als Allheilmittel zu sehen, hält BI-Beraterin hingegen Angelika Hanich für falsch: Stadtteile wie Wilhelmsburg seien derart problembelastet, da brauche es daneben viele verschiedene Angebote. Das sieht Erziehungsberater Menderes Basci genauso: „Man kann die Jugendhilfe nicht so einfach ins staatliche System integrieren.“ Und ob Jugendliche nach 17.00 Uhr noch Lust haben, zur Erziehungsberatung zu kommen? Er sieht die Gefahr, dass gewachsene Strukturen kaputt gehen. „Die Menschen vertrauen uns.“

Der Schulleiter der Stadtteilschule Stübenhofer Weg, Kay Stöck, fühlt sich von der Politik allein gelassen. „Man mutet den Schulen Inklusion zu, die schon ganz viele andere Probleme haben. Es fehlen uns aber die Ressourcen, um gute Arbeit zu machen“, kritisiert er.

Erziehungsberater Basci verweist in dem Zusammenhang darauf, dass es immer noch viele Kinder und Jugendliche gibt, die, obwohl sie in Hamburg aufgewachsen sind, auch nach der Schule noch nicht richtig Deutsch sprechen können. Damit diese Kinder und Jugendlichen eine echte Chance bekommen, sollten die U-Untersuchungen verpflichtend sein. Defizite würden so rechtzeitig festgestellt und könnten angegangen werden.

Die Problematik der Bulgaren und Rumänen

Der Bezirksamtsleiter von Hamburg-Mitte, Andy Grote, räumt das Problem ein, sieht sich aber nicht in der Verantwortung: „Wir haben keine richtigen Instrumente, um mit diesen beiden Bevölkerungsgruppen umzugehen, sie bewegen sich in einer Grauzone. Sie überfordern momentan auch unsere gesetzlichen Hilfesysteme. Die Lebenslagen sind teilweise dramatisch. Das geht über das hinaus, was wir uns vorstellen können. Das sind zum Teil auch ausbeuterische Arbeitsverhältnisse und ein fehlender Zugang zu Wohnraum und zur Gesundheitsversorgung. Das sind Zustände, von denen wir gehofft haben, dass es sie so gar nicht mehr geben würde.“

Petra Lotzkat von der BASFI berichtet, dass die Bundesländer und der Deutsche Städtetag derzeit daran arbeiten, die Lebensbedingungen in den Heimatländern der Zuwanderer zu verbessern, damit sie gar nicht erst kommen bzw. schnell wieder in ihre Heimat zurückkehren.

Aussagen, die Desislava Koeva von der Beratungsstelle für Arbeitnehmer aus der EU, kritisch sieht. Es müsse mehr gefragt werden, wer Opfer und wer Täter sei. Aus ihrer Sicht wird genau diese Frage zu wenig gestellt. Dem stimmt Christiane Tursi, Mitarbeiterin bei Verikom, zu. Sie berichtet, dass ihre Beratungsstelle sehr durch Rumänen und Bulgaren belastet ist, die Politik aber zu wenig unternimmt. Vielleicht sei die Ausbeutung der Zuwanderer aber sogar politisch gewollt, denn schließlich profitiere davon die lokale Wirtschaft.

Umgang mit Illegalisierten

Die Politik schaut aus Sicht von Schulleiter Kay Stöck zu häufig bei Menschen ohne Papiere weg. „Da wird so getan, als ob Weihnachten ganz plötzlich kommt, dabei existiert das Problem schon lange.“ Es gebe ein Recht auf Schule, „aber was kommt danach, wer kümmert sich um die Jugendlichen, wie können sie ein normales Leben führen?“, fragt Stöck.

Thomas Giese aus der Honigfabrik fordert, Illegalisierte nach drei Jahren einen Aufenthaltsstatus zu gewähren, doch dies sei in Deutschland wohl nicht mehrheitsfähig. Dennoch gibt er zu bedenken, dass dies ein wichtiger Beitrag zur Willkommenskultur sei. Nebahat Güclü (GAL) vom Paritätischen Wohlfahrtsverband

verweist in diesem Zusammenhang auf andere Länder, die Menschen ohne Papiere durchaus nach einigen Jahren legalisieren.

Petra Lotzkat von der BASFI erklärt, dass dieses Thema nur auf Bundesebene geregelt werden kann.

Die Flüchtlingsfrage

Das Gleiche gelte in der Flüchtlingspolitik, so Lotzkat weiter, und sie schildert, wie die Realitäten auf Bundesebene sind: Im März habe es heftige Diskussion auf Länderebene darüber gegeben, ob Flüchtlinge und Geduldete ein Anrecht auf einen Sprachkurs haben. Die A-Länder (=SPD geführt) wollten das, die B-Länder (=Unionsgeführt) nicht, es wurde kein gemeinsamer Nenner gefunden.

Deshalb bemühe sich der Senat um kleinteilige Lösungen: Flüchtlinge, die eine Ausbildung beginnen wollen und Anrecht auf Bafög haben, sollen künftig weiterhin zusätzlich Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Das sei bisher nicht der Fall. „Es ist nicht im Interesse Hamburgs, dass diese Jugendlichen deshalb auf eine Ausbildung verzichten“, so Lotzkat. Hamburg plant deshalb eine Bundesratsinitiative und überbrückt die Zeit bis zu einer Entscheidung mit eigenen Mitteln.

Zum Schluss gibt das Publikum den Politikern auf dem Podium drei Forderungen mit auf den Weg:

1. Wilhelmsburg braucht dringend eine türkischsprachige Elternberatung
2. Türkischsprachige Mitarbeiter bei der Agentur für Arbeit sollten auch in ihrer Muttersprache mit den Arbeitssuchenden reden dürfen.
3. Bezieherinnen von Arbeitslosengeld II sollte diese Leistung auch erhalten, wenn sie an der Erzieher Schule eine Ausbildung beginnen. Bisher sei das nicht der Fall.